

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochensatzung: Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Drittes Bureau).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen von Stelle:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 22.

Berlin, Sonnabend, 18. März 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein Streifzug durch die Tätigkeitsberichte der Ortsverbände. — Eine Kritik der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen.

Ein Streifzug durch die Tätigkeitsberichte der Ortsverbände.

Der Beschluß des letzten Verbandstages, daß die Tätigkeitsberichte nicht mehr in ihrem Wortlaut, sondern daß nur noch ein Ueberblick im ganzen darüber veröffentlicht werden soll, hat, wie auch nicht anders zu erwarten war, zur Folge gehabt, daß erheblich weniger Tätigkeitsberichte eingelaufen sind. Viele Schriftführer, die sonst durch die Veröffentlichung im Verbandsorgan immer und immer wieder an ihre Pflicht erinnert wurden und endlich das Versäumte nachholten, haben dieses Mal auf die Abfassung eines Tätigkeitsberichtes verzichtet. Das ist bedauerlich, denn der Zweck der Berichte ist nicht ihre Veröffentlichung, sondern der Verbandsleitung einen Ueberblick zu geben über das Leben in den Ortsverbänden. Noch im vorigen Jahre betrug die Zahl der eingelaufenen Tätigkeitsberichte rund 90. Das war keineswegs ein befriedigendes Resultat, denn es zeigt, daß noch nicht einmal die Hälfte der Ortsverbands-Schriftführer es für notwendig gehalten hatten, einen Bericht zu schreiben. In diesem Jahre ist wie gesagt das Ergebnis noch ungünstiger, da nur 62 Berichte vorliegen, und zwar aus den Ortsverbänden: Alt-Wasser, Bockum, Bromberg, Chemnitz, Danzig, Dessau, Döbeln, Dortmund, Eberbach a. N., Elbing (Westpr.), Erfurt, Erlangen, Finkenwalde, Geislingen a. Steig, Gelsenkirchen, Greifswald, Großenhain, Guben, Hagen i. M., Halle a. S., Hamm, Hannover, Hirschberg, Kaiserslautern, Köln, Königsberg, Lauban, Ravensburg i. Bomm., Leipzig, Leopoldshall, Staßfurt, Tregnis, Lippstadt, Magdeburg, Mainz, Remel, Münchberg, Reustadt a. d. S., Reutewid, Nürnberg, Osna-brück, Petersdorf, Birna, Poien, Potsdam, Primkenau, Saarbrücken, Schmölln, Schramberg, Sorau, Sprottau-Eulau, Stettin, Stolp i. Bomm., Striegau, Stuttgart-Cannstatt, Teuchern, Uedermünde, Viersen, Wilhelmshaven, Wismar, Witten, Zerbst, Bittau.

Zahlreiche Berichte beschränken sich auf Angaben über die Zahl der abgehaltenen Sitzungen und Versammlungen. Ein und wieder findet man auch eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben und eine kurze Inhaltangabe der im Laufe des Jahres gehaltenen Vorträge. Andere Berichte sind inhaltsreicher, indem sie ein Bild geben von dem Leben und Treiben innerhalb des Ortsverbandes. Diese Berichte sind es, die uns das Material zu den nachfolgenden Ausführungen geliefert haben. Da es uns darauf ankommt, aus den Berichten Lehren für die Zukunft zu ziehen, müssen wir wahrheitsgemäß Günstiges und Ungünstiges nebeneinander aufzählen. Das eine aber darf gleich vorweggenommen werden: Aus der übergroßen Mehrzahl der Berichte spricht die freudige Bemerkung, daß es mit unserer Bewegung rasch vorwärts geht. Sowohl die Zahl der Vereine als auch die Zahl der Mitglieder ist fast in allen Landesteilen in einem stetigen Steigen begriffen, und das Wachstum ist naturgemäß dort am stärksten, wo rührige Kollegen an der Spitze des Ortsverbandes stehen und sie gleichzeitig sich der

Unterstützung aller Gewerkevereinsmitglieder erfreuen können. Wo das Gegenteil der Fall ist, kommt natürlich auch die Bewegung nicht vorwärts. Wo der Vorstand, wie dies gemeldet wird, fortwährend wechselt, wo einzelne Ausschußmitglieder die Versammlungen überhaupt nicht besuchen, da darf man auch nicht erwarten, daß die Bewegung Fortschritte macht. Offenbar hat man hier bei der Bezeichnung der Ämter nicht die nötige Vorsicht walten lassen; es sind nicht die richtigen Männer mit der Leitung des Ortsverbandes betraut worden. Aufgabe der betreffenden Ortsverbände muß es sein, Wandel zu schaffen und dafür zu sorgen, daß in diesem Jahre die Geschäfte des Ortsverbandes von Männern geführt werden, die das Vertrauen, das man ihnen geschenkt hat, auch wirklich verdienen.

Glücklicherweise sind diese Klagen nur ganz vereinzelt. Andererseits kann konstatiert werden, daß an vielen Orten die Ausschußmitglieder alles aufbieten, um das Interesse für die Organisation wachzuhalten und zu fördern. Ein sehr gutes Mittel hat der Ortsverband Lippstadt angewandt. Dort wird die Praxis geübt, daß die Ortsvereine der verschiedenen Berufe sich gegenseitig Redner für die Versammlungen stellen. Selbstverständlich werden diese Redner meist von einer Anzahl Berufskollegen begleitet. Auf diese Weise werden die Versammlungen gut besucht, abwechslungsreich und der Zusammenhalt im Ortsverbande gefördert. Es könnte wirklich nichts schaden, wenn nach diesem Vorbilde auch anderswo verfahren würde. Denn nicht überall ist der Versammlungsbesuch so, wie er sein sollte. Eine ganze Reihe Schriftführer teilt leider mit, daß die Mitglieder lau und gleichgültig sind und der Versammlungsbesuch deshalb zu wünschen übrig läßt. Geradezu besänftend ist es, wenn in einem großen Ortsverbande „kaum so viel Mitglieder in die Versammlung kommen, daß man Beschlüsse fassen kann“, oder wenn aus einem anderen berichtet wird, daß „einzelne Vereine, und zwar gerade diejenigen, die im Ortsverbande einen Rückhalt finden, kein Interesse und kein Verständnis für ihn zeigen“. Aus einem anderen Orte wird berichtet, daß die Mitglieder aus „Beratung“ nicht kommen, und wieder aus einem anderen, daß fortwährend Streitigkeiten zwischen den einzelnen Berufen vorhanden sind, die schließlich zum Austritt einzelner Vereine aus dem Ortsverbande führten. Das sind Zustände, die auch einmal öffentlich gerügt werden müssen. Unsere Stellung in der Arbeiterbewegung ist wahrlich nicht derartig, daß wir uns den Luxus der Uneinigkeit und gegenseitigen Befehdung leisten können. Wir müssen einig untereinander sein, und jeder einzelne muß die Verpflichtung in sich fühlen, daß er mit seiner ganzen Persönlichkeit für unsere Bestrebungen einzutreten hat. Es ist ein Glück, daß solche Klagen nur ganz vereinzelt vorgebracht werden. Schlimm genug ist es aber trotzdem, daß sie überhaupt laut werden.

Mit um so größerer Beunruhigung darf festzustellen werden, daß recht viele Ortsverbände sich auch der regsten Mitarbeit aller Mitglieder zu erfreuen haben. In ihnen geht es auch vorwärts; nicht nur die Zahl der Mitglieder in den bestehenden Vereinen steigt, sondern die Bemühungen auf Gründung neuer Vereine sind auch fast überall von Erfolge gekrönt.

Die Mahnung, daß die Gewerkevereinskollegen sich rege am öffentlichen Leben beteiligen und zu allgemeinen Fragen Stellung nehmen sollen, ist überall auf fruchtbaren Boden gefallen. An den sozialen Wahlen aller Art haben sich die Kollegen lebhaft beteiligt. Allerdings muß gesagt werden, daß namentlich den Krankenkassenwahlen noch grö-

ßere Bedeutung beigemessen werden muß. Die sozialpolitischen Fragen, die im Vordergrund der öffentlichen Diskussion gestanden haben, wurden auch in den Versammlungen erörtert. Zahlreiche Petitionen sind an die zuständigen Behörden gerichtet worden. So wurden die Wünsche zur Reichsversicherungsordnung, zur Reichsversicherungswachstumssteuer, zur Regelung der Arbeitsnachweisfrage, zur Einführung der Arbeitslosenversicherung in zahlreichen Eingaben zum Ausdruck gebracht. Zur Hebung wurde ebenfalls Stellung genommen. Die Errichtung von Gewerbegerichten, die Einführung des Verhältniswahlsystems zu den Gewerbegerichten, die Heranziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene, die Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne bildeten ebenfalls den Gegenstand von Eingaben, die auch zum Teil Berücksichtigung gefunden haben. Neben dieser öffentlichen Tätigkeit ist aber auch die Agitation nicht vernachlässigt worden. Fast überall wurden Flugblätter verteilt und die Hausagitation in Angriff genommen. Wo dies mit dem nötigen Ernst und Energie angefangen wurde, sind auch die Erfolge nicht ausgeblieben.

Ein Beweis von besonderem Ehrgeiz ist es, daß in einzelnen Ortsverbänden, deren Bericht an sich recht günstig lautet, trotzdem Agitation geführt wird, daß sie nicht genügend Agitation hätten treiben können, weil es an den erforderlichen Mitteln gefehlt habe. Die Beiträge zur Ortsverbandskasse reichen nicht aus, um all die Ausgaben zu decken, die notwendig sind, wenn die Agitation erfolgreich durchgeführt werden soll. Solche Klagen sind in kleinen Ortsverbänden wohl verständlich; aus größeren Ortsverbänden sollte man sie aber nicht vernehmen. Völlig verfehrt aber ist es, wie dies mehrfach geschieht, immer gleich nach der Hilfe des Zentralrats zu schreien. Die Mittel, die die Verbandsleitung zur Verfügung hat, sind auch nur beschränkt. Es geht nicht an, daß daraus auch noch Zuschüsse an die Ortsverbände geleistet werden; das kann nur ausnahmsweise in besonderen Fällen geschehen. Es ist aber auch gar nicht notwendig; denn da, wo die verfügbaren Mittel nicht ausreichen, da finden die Ortsverbände schon selbst einen Weg aus der Verlegenheit. In Stolp zum Beispiel hat man einen besonderen Wahlfonds gegründet, an den die einzelnen Mitglieder gewisse Beiträge abliefern. In Leopoldshall besteht eine sogenannte Schöffenkasse, aus der diejenigen Kollegen eine Entschädigung erhalten, die das Amt eines Schöffen ausüben. Bei etwas Opfermut sind derartige Einrichtungen überall möglich, und ohne Opfermut geht es nicht vorwärts. Wir führen diese Beispiele ausdrücklich an, damit die Kollegen auf ähnliche Weise einem etwa vorhandenen Mangel abzuwehren sich bemühen.

Noch einige Worte über die Diskutierklubs, auf deren Einrichtung mit Recht in den Berichten großes Gewicht gelegt wird, die aber bedauerlicherweise nicht die nötige Unterstützung finden. Fast überall, wo man damit einen Versuch gemacht hat, ist er gescheitert, oder wo es zur Gründung eines Diskutierklubs kam, ist er nachträglich wieder eingegangen. Dabei lag es nicht etwa daran, daß die nötigen Lehrkräfte fehlten, sondern meistens trugen die Schuld die Mitglieder, die es an dem nötigen Interesse fehlten. Man sollte es eigentlich nicht für möglich halten, daß die Einrichtung der Diskutierklubs so wenig von den Mitgliedern gewürdigt wird. Der Klub in Berlin blüht auf eine mehr als zehnjährige Tätigkeit zurück, und mancher Kollege, der jetzt an hervorragender Stelle in der Organisation tätig ist, hat im Diskutierklub die Grundlage seines Wissens bekommen. Manchem Kollegen, der sich vorher nicht getraute, den Mund zu öffnen, ist die Zunge gelöst worden. Nun soll

ohne weiteres zugegeben werden, daß außerhalb die Verhältnisse schwieriger liegen als in Berlin. Aber Lernbegierde und vorwärtsstrebende Kollegen gibt es überall, und wenn es auch bisweilen nur eine kleine Schar ist, so müßte sie doch ausreichen, um einen Diskutierklub aufrecht zu erhalten. Wir brauchen Kräfte, die in der Deffinitheit und dem Gegner gegenüber für unsere gute Sache wirken können. Die Möglichkeit, sich das nötige Rüstzeug anzueignen, ist in den Diskutierklubs gegeben, und deshalb möchten wir an dieser Stelle die dringende Mahnung an die Gewervereinskollegen richten, erneut den Versuch mit einem Diskutierklub zu machen, ihm das nötige Interesse entgegenzubringen und dafür zu sorgen, daß ein kampfesfroher und schlagfertiger Nachwuchs uns gesichert wird.

Nebenbei sei noch erwähnt, daß in vielen Berichten Klage geführt wird über den Terrorismus der Verbände. Wir haben leider keine Mittel an der Hand, auf die Erziehung der Gegner einzuwirken. Das aber steht fest, daß überall da, wo man den Herren mit der nötigen Entschiedenheit entgegentritt, sie sich hüten, Andersdenkende zu veremgaltigen. Daß auch hier und da Behörden uns gegenüber eine unfreundliche Stellung einnehmen, kommt vor. Als besonders charakteristisch sei in dieser Beziehung erwähnt, daß aus einem Ortsverbande berichtet wird, man habe wegen eines schlechten Wahlergebnisses den Gewervereins den Ausschluß aus den Kriegervereinen und den freiwilligen Feuerwehren angedroht. Dieser Ortsverband liegt natürlich in Pommern.

Wir sind am Schluß unserer Betrachtungen angelangt. Manche gute Lehre kann aus den Berichten entnommen werden. Mögen sie fruchtbringend für die Zukunft vermerkt werden! Vor allen Dingen aber ist es nötig, daß die Gewervereinskollegen zu jeder Zeit auf den Ausbau und die Stärkung der Organisation bedacht sind, daß sie an allen Veranstaltungen des Ortsverbandes teilnehmen und sich nicht auf die anderen verlassen. Der Ausschuh muß auf alle Mitglieder rechnen können, und wenn dann außerdem die nötige Opferfreudigkeit geübt und die Einigkeit und der Zusammenhalt gepflegt wird, dann werden auch die Ortsverbände in der Lage sein, die zahlreichen und wichtigen Aufgaben zu lösen, die ihnen obliegen. Möge dieses Jahr die Wünsche, die in den Tätigkeitsberichten zum Ausdruck kommen, in reichstem Maße erfüllen!

Eine Kritik der Arbeiterversicherung.

Wer bis vor wenigen Jahren am Reichsversicherungsamt zu tun hatte, für den knüpfen sich an den Namen Friedensburg recht eigenartige Erfahrungen. Der Senat, dessen Vorsitzender der Genannte war, stand in dem Ruf, besonders ungünstige Urteile für die Verletzten zu fällen. Die Schuld daran maß man Herrn Dr. Friedensburg selbst zu, der fast in jedem Verletzten einen Simulanten sah oder doch einen Menschen, der seine Beschwerden stark übertrieb. Auch die Behandlung, die sich die Verletzten gefallen lassen mußten, war häufig derartig, daß zahlreiche Beschwerden über den genannten Herrn beim Präsidenten des Reichsversicherungsamtes einliefen. Als Friedensburg dann zur Invalidenabteilung versetzt wurde, atmete alles erleichtert auf, und als er nach kurzer Zeit auch aus dieser Stellung schied, weinte ihm niemand eine Träne nach.

Da Herr Dr. Friedensburg nun praktisch in der Arbeiterversicherung nicht mehr tätig sein kann, hat er versucht, seine Erfahrungen literarisch zu verwenden und in der „Zeitschrift für Politik“ einen Aufsatz veröffentlicht: „Die Praxis der deutschen Arbeiterversicherung“, der eine geradezu vernichtende Kritik enthält. Es ist natürlich nicht möglich, im Rahmen dieses Aufsatzes auf alle Einzelheiten der 40 Seiten langen Arbeit von Dr. Friedensburg einzugehen. Wir müssen uns damit begnügen, den Kern seiner Ausführungen wiederzugeben. Nach Friedensburg wollte das Deutsche Reich mit der Arbeiterversicherung ein Rechtsinstitut schaffen, wodurch das Reich für sich selbst Pflichten übernahm, denen Rechte der Versicherten gegenüberstanden, und sich selbst Rechte schuf, denen Pflichten der Gegenseite entsprachen. Dieser Auffassung aber entspricht die Praxis keineswegs. Statt auf die objektive Grundlage des Gesetzes stützt sich die Rechtsprechung auf das subjektive Empfinden, und ihre Entscheidungen werden lediglich dem Wohlwollen der sozialen oder humanen Gesinnung entnommen. Die Hilfe im Einzelfalle ist der ausschlaggebende Gesichtspunkt für die Rechtsprechung geworden.

Diese Behauptungen sucht der Verfasser im einzelnen zu beweisen, indem er zum Teil stark übertriebt, zum Teil Einzelfälle als die Regel hinstellt. Bei der Frage nach dem Grade der dem Versicherten

verbliebenen Erwerbsfähigkeit lassen sich nach seiner Ansicht die Richter zu sehr durch das persönliche Empfinden leiten. Als Betriebsunfälle werden forperliche Schädigungen angesehen, die mit der Berufstätigkeit überhaupt nichts zu tun haben. Bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes geht das Bestreben der Instanzen darauf aus, dem Versicherten nie weniger, wenn irgend möglich aber mehr als seinen wirklichen Verdienst anzurechnen. Hat jemand die Frist zur Einlegung des Rekurses veräumt, so werden allerlei „außerhalb seines Willens“ liegende Umstände gesucht, um den Rekurs doch durchführen zu können. Und so wird noch eine ganze Reihe von Momenten angeführt, woraus der Schluß gezogen wird, daß den Versicherten gegenüber ein übertriebenes Wohlwollen, das mit der Absicht des Gesetzgebers bei der Schaffung der Arbeiterversicherung nicht in Einklang zu bringen ist, den Ausschlag bei der Rechtsprechung gibt.

Die Hauptschuld dafür schiebt Dr. Friedensburg auf das Reichsversicherungsamt; mitverantwortlich aber sind die Schiedsgerichte, die als Vorinstanz „nur allzu häufig eben vom Examen kommende Anwälte besetzungen, die, jung und gut, für ihre schwierige Stellung nichts anderes mitbringen als Wohlwollen, oder aber solche Herren verwenden, die man anderweit nicht gern beschäftigt“. Selbstverständlich bekommen auch die Versicherten ihre Snie. Die Deutschen haben „dem Fiskus gegenüber ein weites Gewissen“ und leiden an der Prozeßkosten. Die Kostenfreiheit des Verfahrens tut ihr übriges, um die Begehrtheit der Arbeiter zu steigern. Eine der Wirkungen ist, daß die Rentenhygiene eine ungeahnte Verbreitung gefunden hat. Wer einmal im Betriebe eine Verletzung erlitten hat, „der hütet sie (nach Friedensburg) förmlich wie einen Schatz, pflegt sie gleich einer milchenden Kuh“, und „was einer an Krankheiten und Schäden besitzt oder je besessen hat, wird mit dem Unfall zusammengebracht“. „Den Tod erleidet kaum noch ein Angehöriger besitzender Renteneinpfänger anders als infolge seines Betriebsunfalls, mag der auch noch so lange zurückliegen, eine von der letzten Krankheit wissenschaftlich noch so entfernte Ursache gehabt haben.“ Und in diesem Tone geht es noch eine ganze Weile weiter.

Da die „junge Richtung“ dem Verfasser nicht paßt, bekommen natürlich auch die Geisalten ihre Zeit ab. Sie sind viel zu luxuriös gebaut, zu vornehm und bequem ausgestattet; sie geben dem Kranken Gelegenheit, alle Künste der Simulation kennen zu lernen und ermeden in ihm nur den Wunsch, daß er es immer so gut haben möchte wie in der Anstalt. Die Rentensucht der Arbeiter wird begünstigt durch die sogenannten Winkeladvokaten, die selbst die aussichtslosesten Sachen vertreten und dadurch sich große Einnahmen verschaffen. Merkwürdigerweise wird den Organisationsbeamten, die mit der Durchführung der Unfallsachen betraut sind, ein verhältnismäßig günstiges Urteil ausgestellt. Ihre Vertretung wird als „meist durchaus angemessen“ bezeichnet; „aber eben der Umstand, daß sie um ihre Selbstachtung willen nicht schlechthin alle und jede Sache übernehmen können und übernehmen, hält viele Versicherte ab, ihnen die Verfolgung ihrer Ansprüche zu übertragen“.

Der soziale Eifer, über den Herr Dr. Friedensburg so lebhaft Klage führt, hat natürlich auch auf die Ärzte abgefärbt und verleitet sie, die „Wohlthäter der Armen“ zu spielen. Inbesseren bei längerer Übung erkennt nach seiner Meinung der Vorsitzende an den Gutachten, ob sie im Interesse der Parteizugehörigkeit oder der Landmannschaft abgegeben worden sind. Auch die Säufigkeit der Inanspruchnahme eines Arztes durch die Versicherten gibt einen Fingerzeig für die Zuverlässigkeit. Denn „ein Arzt, der im Ruhe steht, in der Beurteilung von Unfallsverletzten milde zu sein, ist eines gewaltigen Zulaufes sicher“, während nach Meinung des Verfassers die Fälle nicht ganz selten sind, „wo ein ehrlicher Arzt sein Gutachten zu ungunsten des Rentenbewerbers abgibt, dann aber bittet, es diesem nicht mitzuteilen, da er sonst seine Praxis verlieren, in seiner Gegend unmöglich werden würde“.

Der Verfasser gelangt zu dem Schluß, daß zwischen dem übergroßen Wohlwollen der Rechtsprechung, der Unmohrhaftigkeit der Rentenbewerber, der Unwissenheit der Allgemeinheit und den übrigen von ihm geschilderten Mängeln ein gewisser innerer Zusammenhang besteht. Die Entwicklung des Rechtscharakters der ganzen Arbeiterversicherung ist nicht lebendig geworden. „Das ist die Wurzel alles Übels, und der unserer Zeit eigene, vielleicht senile Zug der Energielosigkeit hat die in dieser Wurzel steckenden Keime sich bedrohlich entwickeln lassen.“ Die von der Arbeiterversicherung erhoffte Ausgleichung der sozialen Gegensätze ist nicht erfolgt, eher noch eine Steigerung der allgemeinen Unzufriedenheit.

Will man den Artikel des Herrn Dr. Friedensburg richtig würdigen, so muß man ihn vollständig lesen. Aber auch das Angeführte gibt einen Einblick in die Denkweise eines Mannes, und man kann von Glück sagen, daß er der Tätigkeit am Reichsversicherungsamt endlich entbunden ist. Es trifft sich aber glücklich, daß zu derselben Zeit ein anderer Mann, der ebenfalls lange Zeit am Reichsversicherungsamt in ähnlicher Stellung gewirkt hat, ein ganz anderes Urteil über die Praxis der Arbeiterversicherung fällt. Der frühere Senatsvorsitzende und jetzige Obergerichtspräsident Konrad Weimann schreibt nämlich in den „Preussischen Jahrbüchern“:

„Die Leistungen des Reichsversicherungsamtes in der sozialpolitischen Rechtsprechung bedeuten einen beträchtlichen Schritt zur Demokratisierung der Verteilung des Volkseinkommens und beeinflussen stark das politische und soziale Verhältnis der verschiedenen Volksschichten zu einander. Es ist im Reichsversicherungsamt eine Rechtsprechung entstanden, die sich der Arbeitsmethode des römischen Prätors, des englischen Richters nähert, unter Umständen die Verhältnisse geradezu mehr oder minder zurechtbiegt, um zu praktisch brauchbaren und zugleich juristisch formulierbaren Ergebnissen zu gelangen. Es ist eine Rechtsprechung, der die angebotene Farbe des Entschlusses aus den Augen blickt. Der Ziviljurist muß sich erst vollkommen innerlich umstellen, wenn er sich an solcher Rechtsprechung beteiligen will. An der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes wirken aber gegenwärtig etwa 100 Berliner Richter mit. Daß sie den Anschlag an die Eigenart dieser Behandlung der Dinge zu vollziehen vermögen, ohne sich selbst und ihre richterlichen Überzeugungen aufzugeben, ist ein Beweis für die der sozialen Rechtsprechung innewohnende Kraft und Wahrheit. Wir stehen unmittelbar vor der Einführung der Rorn, die dem Reichsversicherungsamt die gesamte letztinstanzliche Rechtsprechung in der Arbeiterversicherung, mindestens in allen grundsätzlichen Fragen, übertragen wird, und dürfen uns dessen im Interesse der Rechtsreinheit als eines wesentlichen Fortschritts freuen. Aber wir dürfen vielleicht auch Genugtuung empfinden, daß diese Einheit erst jetzt geschaffen wird, und bisher auch das Reichsgericht und die verschiedenen bundesstaatlichen Obergerichtsgerichte zur Mitarbeit berufen waren und somit berührt worden sind von dem Sauche der für deutsche Verhältnisse ungewöhnlichen Freiheit der rechtlichen Konstruktion und des richterlichen Ermessens, die dieser Rechtsprechung ihr eigentliches Gepräge und ihren eigentlichen Wert verleiht.“

Das klingt denn doch etwas anders, und wir dürfen ruhig behaupten, daß die übergroße Mehrzahl der Senatsvorsitzenden am Reichsversicherungsamt sich in ihrer Beurteilung auf die Seite Weimanns stellen würde. Wir haben niemals Zweifel daran gelassen, daß nach der einen oder anderen Seite hin die Rechtsprechung am Reichsversicherungsamt gewisse Mängel aufweist; das wird bei jeder menschlichen Einrichtung der Fall sein. Aber das Urteil, das Herr Dr. Friedensburg gefällt hat, geht denn doch über das Maß des Erträglichsten hinaus. In eine Polemik über die einzelnen Punkte einzutreten, erübrigt sich. Wer persönlich mit Herrn Dr. Friedensburg zu tun gehabt hat, der wird dies auch begreiflich finden.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 17. März 1911.

Was wird aus dem Arbeitskammergesetz? Als Ende vorigen Jahres die zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes beendet war, hieß es, die dritte Lesung würde erst Ende Februar stattfinden, weil die Regierung Zeit gewinnen wollte, um über die beiden strittigen Punkte, nämlich die Einbeziehung der Staatsarbeiter und die Wählbarkeit der Organisationsbeamten mit der Mehrheit des Reichstages eine Verständigung herbeizuführen. Der Februar ist längst vorüber, aber von der dritten Lesung des Gesetzes verlautet noch nichts. In der Staatsberatung erklärte der Staatssekretär Dr. Delbrück, daß die Erledigung des Arbeitskammergesetzes auf Schwierigkeiten stoße, und in parlamentarischen Kreisen erzählt man sich bereits ganz offen, daß das Gesetz als gescheitert anzusehen sei. Die Verständigung zwischen Regierung und Zentrum sei nicht zustande gekommen, weil dieses auf die Einbeziehung der Staatsarbeiter wohl verzichtet, an der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre aber festgehalten habe. Die Regierung wollte in keinem von beiden Punkten nachgeben; mit einer der beiden Bestimmungen befaßt, ist für sie das Gesetz unannehmbar.

Unter diesen Umständen erscheint denn in der Tat die Vorlage gescheitert zu sein. Die mühselige Vorarbeit ist vergeblich gemeßen, und das vor 19 Jahren gegebene Versprechen ist immer noch ungelöst. Der Standpunkt der Regierung ist absolut unveränderlich. Bei der sozialpolitischen Unfruchtbarkeit der letzten Jahre hätte sie bei diesem

Gesetz wirklich nachgeben können. Aber sie hat offenbar dem Drängen eines mächtigen Scharfmachertums nachgebend einen Vorwand gesucht und gefunden, um die Einführung von Arbeitskammern zu vereiteln. Die Quittung für eine solche Politik wird sie bei späterer Gelegenheit erhalten.

Die Leistungen des **Gewerkvereins der graphischen Berufe, Maler und Lackierer** in den letzten fünf Jahren werden in einer Uebersicht in der „Freien Kunst“ zusammengestellt und zeigen, daß der genannte Gewerkverein, wenn er auch zu den kleineren Organisationen gehört, doch recht respektable Summen für seine Mitglieder aufgewandt und manchem Kollegen aus der bittersten Not geholfen hat. Aus den Gewerkevereinstassen wurden in dem genannten Zeitraum gezahlt an Arbeitslosenunterstützung 17 378,94 Mark, an Streikunterstützung 6929,79 Mark, an Reiseunterstützung 1024,64 Mark, an Krankheitsbeihilfe 965,15 Mark, an Rechtschutz 367,95 Mark; das sind in Summa 26 691,47 Mark. Trotz dieser Ausgaben ist in den Gewerkevereinstassen ein Gesamtvermögen von 19 799,23 Mark vorhanden. Aus den Hilfskassen wurden gezahlt an Krankenunterstützung 94 052,46 Mark, an Begräbnisunterstützung 6460 Mark, zusammen also 100 512,46 Mark. Der Reservefonds dieser Kassen beträgt 39 207,01 Mark, das Betriebskapital 22 372,75 Mark; mithin verfügt die Kranken- und Begräbniskasse über ein Gesamtvermögen von 61 579,76 Mark.

Mit Recht wird in der „Freien Kunst“ darauf hingewiesen, daß früher die sogenannten „Modernen“ über alle Unterstützungseinrichtungen verächtlich die Achseln zuckten und diejenigen verhöhnten, die durch Gewährung von Unterstützungen praktische Gegenwartsarbeit leisteten. Heute ist das Gegenteil der Fall: es prahlen die Gewerkschafter sogar mit ihren Unterstützungen, obgleich sie eigentlich gar keine Ursache dazu haben.

Daß der **Gewerkverein der graphischen Berufe, Maler und Lackierer** neben dem Ausbau der Unterstützungseinrichtungen die eigentlichen Gewerkevereinsaufgaben nicht vernachlässigt hat, ist selbstverständlich. Zu jeder Zeit ist er darauf bedacht gewesen, die Aufgaben der Organisation zu verwirklichen. Er ist denn auch beteiligt am Reichstaxtarif für das Malergewerbe, unter dem bis jetzt an 36 Tausend seine Mitglieder arbeiten. Aus allen diesen Taxifachen ist zu erkennen, daß der genannte Verein auf durchaus gesunder Grundlage aufgebaut ist, und daß alle Gewerkevereinskollegen dafür sorgen müssen, daß er nunmehr aus der Reihe der kleineren in diejenige der größeren Gewerkevereine eintritt. Das kommende Frühjahr ist die günstigste Zeit. Nach dem Grundsatz: Einer für alle, alle für einen, müssen alle unsere Kollegen sich bemühen, wo es noch keinen Ortsverein der graphischen Berufe gibt, einen solchen zu gründen. Die Unorganisierten müssen darauf hingewiesen werden, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, einer Organisation anzugehören, da sie sonst Gefahr laufen, der Vorteile des Tarifes verlustig zu gehen. Also nicht die Zeit aus und agitiert, wie es ja auch die Beschlüsse des letzten Verbandstages erfordern!

Die Frage der **Werkspensionskassen** ist durch den Entwurf des Angestelltenversicherungsgesetzes wieder aktuell geworden. Nach einer Prehnitz soll nämlich beabsichtigt werden, die Vorschriften dieses Entwurfes dahin abzuändern, daß bestehende Kasseneinrichtungen die Werkspensionskassen u. dgl. als Ersatzeinrichtungen zugelassen werden, wenn die Kasseneinstellungen den gesetzlichen Leistungen mindestens gleichwertig sind, die Erfüllung der gesetzlichen Leistungen dauernd gewährleistet ist, die Beiträge der Arbeitgeber zu den Kassen mindestens den gesetzlichen Arbeitgeberbeiträgen gleichkommen und die Kosten die sämtlichen versicherungspflichtigen Angestellten eines Arbeitgebers ohne Auswahl der Risiken aufnehmen, wenn ferner den Kasseneinstellern ein Rechtsanspruch auf die Kasseneinstellungen und bei der Verwaltung und der Entscheidung über die Gewährung von Kasseneinstellungen eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Mitwirkung eingeräumt wird und Streitigkeiten über die Leistungen in dem durch Gesetz vorgegebenen Verfahren erledigt werden. Zur Bedingung ist schließlich gemacht, daß im Falle des Stellenwechsels eine den gesetzlichen Vorschriften und der Beteiligungsdauer bei der Kasse nach dem Inkrafttreten des Gesetzes entsprechende Anwartschaft aufrecht erhalten und beim Eintritt der gesetzlichen Versicherungsfälle das Deckungskapital der während der Beteiligungsdauer bei der Kasse erworbenen gesetzlichen Ansprüche an die Reichsanstalt überwiesen wird. Kassen, die den vorstehenden Anforderungen

nicht genügen, würden als Zuschusskassen bestehen bleiben können.

Es soll zugegeben werden, daß durch obige Bedingungen die schlimmsten Mißstände im Werkspensionswesen beseitigt würden. Zweifelhaft will es uns indes erscheinen, ob jene Ersatzkassen überhaupt noch Zweck haben. Und sollen in den bestehen bleibenden „Zuschusskassen“ die vorhandenen Mißstände aufrecht erhalten werden? Das sind Fragen, die sich uns beim Lesen jener Prehnitz aufgedrängt haben. Soffentlich erübrigt sich ihre Beantwortung dadurch, daß aus dem geplanten Versicherungsgesetz für die Angestellten nichts wird. Damit ist natürlich die Notwendigkeit der Reform des Werkspensionswesens nicht auch aus der Welt geschafft. Im Gegenteil, diese Reform wird immer dringender, und es muß erwartet werden, daß die Regierung den auch bei der Etatsberatung zum Ausdruck gebrachten Wünschen endlich Gehör schenkt.

Die genannten **Angestellten!** so betitelt sich ein Flugblatt, das von der „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“, der auch unter Verein der Deutschen Kaufleute angegeschlossen ist, herausgegeben und in großen Massen verbreitet wird. Das Flugblatt beschäftigt sich mit dem Entwurf des Versicherungsrechts für Angestellte, an welchem eine geradezu vernichtende, aber durchaus berechtigte Kritik geübt wird. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die Reichsversicherungsordnung die beste Gelegenheit biete, eine zweckmäßige Privatangestelltenversicherung durchzuführen durch den Ausbau der Invalidenversicherung. In dieser Forderung begegnen sich die Wünsche der Angestellten mit denen der Arbeiter, die ja auch durch die Schaffung höherer Lohnklassen die Möglichkeit herbeizuführen, sich für das Alter und die Invalidität eine höhere Rente zu sichern. Wir haben deshalb alle Ursache, dem Wunsche der Freien Vereinigung angegeschlossen Privatangestellten Rechnung zu tragen und für möglichst weitgehende Verbreitung der Flugblätter zu sorgen. Der Verein der Deutschen Kaufleute, Berlin S. 14, Alte Jakobstraße 81, stellt dieselben gern zur Verfügung.

Arbeiterbewegung. Noch immer dauern die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe fort, und es läßt sich weder sagen, wann sie zu Ende gehen, noch welchen Verlauf sie nehmen. Oftmals ist die Situation überaus kritisch, und die Vorgänge in Breslau sowie an einigen anderen Orten sind nicht geeignet, dem Frieden die Wege zu ebnen. Dabei sei gleich bemerkt, daß die Breslauer Holzarbeiter in einer wiederholten Abstimmung die Fortsetzung des Streiks beschloßen haben, obgleich die Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes darauf hinwies, daß ihre Kasse bald erschöpft und Unterstützung vom Zentralvorstande nicht zu erwarten sei. — Der Streik der Tapezierer und Magazinpollerer in Berlin hat zur Folge gehabt, daß die Arbeitgeber beschloßen haben, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen, von der etwa 1200 Arbeiter betroffen werden. — In Chemnitz geht die Bewegung der Former und Schieferarbeiter weiter. Wie es heißt, beabsichtigen die sächsischen Metallindustriellen, am Montag eine Aussperrung von zunächst 50 Prozent ihrer Arbeiter vorzunehmen, soweit nicht einzelne Firmen wegen Submangels zu größeren Aussperrungen genötigt sein sollten. — In einer Lohnbewegung sind die Holzarbeiter in Osabrück eingetreten, wodurch die Gefahr einer allgemeinen Aussperrung nabegerückt ist. — In der Waffenfabrik von Meyersgerd in Sölingen war es zu ernstlichen Differenzen gekommen, die zur Arbeitsniederlegung führten, jetzt aber durch beiderseitiges Entgegenkommen beigelegt sind. — Der Kampf der Glasarbeiter in der Oberpfalz ist durch einen bis zum 1. März 1914 laufenden Tarifvertrag beendet worden. Den Arbeitern sind darin einige, allerdings sehr geringe Zugeständnisse gemacht worden. — Auf der Zeche „Pergmann“ bei Witten ist es erneut zum Streik gekommen, weil nach Ansicht der Arbeiter die Bechenderverwaltung die gemachten Versprechungen nicht gehalten hat. — In der Drahtwarenfabrik von Müller in Wismar ist es zu Differenzen gekommen, so daß die Arbeiter in den Streik traten. Wegen Ablehnung ihrer Forderungen auf Verbesserung der Lohnverhältnisse sind in Wien 7000 Damenschneider und -schneiderinnen in den Ausstand getreten.

Eine Niederlage der **Scharfmacher im Baugewerbe.** Die Organisationsbestrebungen der Unternehmer sind neuerdings auch darauf gerichtet, mit den gleichartigen Verbänden des Auslandes Verträge abzuschließen, um im Falle einer Aussperrung in dem einen Lande den ausgeschperrten

Arbeitern das Auffuchen von Arbeitsgelegenheit im Nachbarlande abzuschnelden. Auch der deutsche Arbeitgeberbund hat das Baugewerbe hat kürzlich einen solchen Versuch unternommen und sich bemüht, die französische Nationalföderation der Bauarbeiter zum Abschluss einer solchen Vereinbarung zu bringen. Wie der Vorsitzende des französischen Verbandes jetzt öffentlich erklären läßt, ist das Anerbieten nach Umfrage bei den Unterverbänden von Frankreich einmütig abgelehnt worden.

Ein **Wohnungsamt in Charlottenburg.** Das seit einiger Zeit geplante Wohnungsamt der Stadt Charlottenburg hat am 1. März seine Wirksamkeit begonnen. Als Beamte des Wohnungsamtes wurden eingeleitet zwei Wohnungspfleger und zwei Assistenten. Aufgabe der Wohnungspfleger und ihrer Gehilfen ist es, die Kleinwohnungen und alle Wohnungen, in denen an Schlafgänger vermietet wird, und weiter alle Schlafgasse von Arbeitern, Handwerkern, Diensthofen, Handlungsgehilfen usw., die im Hause ihres Arbeitgebers wohnen, zu beaufsichtigen und bei Mißständen für Abhilfe zu sorgen. Das Wohnungsamt soll auch eine genaue Wohnungsstatistik führen, damit die Stadtverwaltung jederzeit eine Uebersicht darüber hat, ob namentlich das Angebot von gefundenen Kleinwohnungen ausreichend ist. Mit dem Wohnungsamt verbunden ist ein Wohnungsnachweis, der einwandfreie Wohnungen vermitteln soll.

Ueber das **Trinkgelddwesen im Gastwirts-gewerbe** hat das **Gewerbegericht in Nürnberg** kürzlich eine bemerkenswerte Entscheidung getroffen. Eine Kellnerin klagte gegen ihren früheren Arbeitgeber, weil er ihr nach fünfwöchiger Beschäftigung keinen Lohn gegeben hatte. Die Klägerin behauptete, der Beklagte habe mit ihr über die Höhe des Lohnes keine Abmachung getroffen, während der Gastwirt mit der Kellnerin vereinbart haben wollte, sie solle mit Rücksicht auf die abfallenden Trinkgelder keinen Lohn erhalten. Das **Gewerbegericht** kam zur Anerkennung der Klage und führte in seinem Urteil aus:

„Diese Behauptung mag richtig sein oder nicht, so ist das Gericht der Anschauung, daß eine solche Vereinbarung den guten Sitten widerspricht und daher ungültig ist. Eine Abmachung, die sich auf eine von der ganzen Welt als Unfug empfundene Gewohnheit stützt, kann den guten Sitten nicht entsprechen. Der Beklagte hat daher einen angemessenen Lohn zu bezahlen (§ 612 B. G. B.).“

Dieses Urteil wird in allen sozial empfindenden Kreisen lebhaftes Genugtuung und Verständnis finden.

Der **Deutsche Käuferbund** richtet an alle sozial denkenden Menschen angesichts des nahenden Osterfestes eine eindringliche Mahnung, der wir weitgehendste Beachtung wünschen. Es heißt darin:

„Ostern steht vor der Tür! Zwar fehlen noch einige Schritte dahin; wollen wir aber bis zum letzten warten, dann wäre es auch bereits zu spät. Zu spät nämlich für sozial denkende Käufer, um die nötigen Bestellungen und Einkäufe zum Fest zu machen. Wer die Osterfeierlage in neuen Kleidern und Güten begehen will, wer eine Reise plant und dafür Anschaffungen machen muß, der beginne schon jetzt mit seinen Vorbereitungen. Es ist die höchste Zeit! Noch sind die Werkstätten und Konfektionsateliers nicht so überlastet; jetzt kann noch in Ruhe, bei Innehaltung der normalen Arbeitsstunden, geschafft, jetzt können noch die Wünsche der einzelnen gehört und beachtet werden. Wenn die Bestellungen bis acht Tage vor dem Fest zurückgehalten werden, dann ist das unmöglich. Die Chefs, die Direktrinnen und Handelsangestellten, die Schneider und Gezellen, die Heimarbeiterrinnen, Näherinnen und Lehrmädchen, sie alle sind überlastet, abgehext, ohne die nötigen Kräftepausen, die neue Kraft und Frische geben. Und ganz besonders bittet der Käuferbund alle seine Freunde, alle Menschen überhaupt, die sich ihrer sozialen Verpflichtung bewusst sind, auch die Einkäufe in den Schokoladen- und Konfituren-Geschäften nicht bis auf die letzten Tage zu lassen. Von einer ordnungsmäßigen Bedienung kann am Freitag und Sonnabend vor Ostern nicht mehr die Rede sein. Die um des Fiestenkonsums willen schon Wochen vorher bereiteten Osterkonfituren liegen längst bereit zum Verkauf. Wer seinen Angehörigen eine Freude machen, wer seinen Kindern ein Osterfest-Süßes betrinken will, der denke auch einige Tage früher daran, der erkaufe nicht die Freude seiner Lieben mit einer gänzlich Ermattung und Erschöpfung der Verkäuferinnen! Ein einzelner verspäteter Einkauf macht es nicht! Aber jeder bedenke, daß all

die einzelnen die Masse ausmachen, daß, wenn nicht jeder einzelne Mensch sein Bestes tut, nichts Gutes für die Gesamtheit erreicht werden kann. Und das ist unser Ziel!

Freie Hochschule Berlin. Die Vorlesungen der Freien Hochschule beginnen in diesem Frühjahr des späten Osterfestes wegen erst in der letzten Aprilwoche. Auch das Programm für das Frühjahr-Quartal bietet wieder eine reiche Auswahl von Vorlesungen aus allen Wissensgebieten. Es umfaßt Vorlesungen über Philosophie, Naturgeschichte, Hygiene, Medizin, Krankenpflege, Kunst- und Musikgeschichte, Bürgerkunde, Weltanschauung, Handels- und Vorkurs, Mathematik, Geometrie, Schachspiel, Vortragskunst, Physik und Technik. — Englisch, Französisch, Italienisch, Lateinisch und Russisch sind mit je mehreren Kursen vertreten. Ebenso finden auch wieder einige Führungen in den Museen statt.

Die Programme erscheinen in den letzten Tagen des März und sind wieder kostenlos in unserem Bureau erhältlich. Unsere Mitglieder erhalten die Förderkarten für die zehnstündigen Vorlesungen für 3 Mark anstatt für 4 Mark in unserem Bureau nach Erscheinen der Programme.

Gewerkevereins-Teil.

Flauen i. S. Eine öffentliche Gewerkevereinsversammlung fand am 8. März im großen Saale der „Arbeiterkammer“ statt und erstreckte sich überaus starkem Besuch. Der Verbandssekretär Kollege Neujedl-Berlin hielt einen Vortrag über „Die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Ziele“, schilderte, ausgehend von der Entwicklung Deutschlands zu einem Industriestaate, die Umstände, welche die Arbeiterfrage in den Vordergrund drängen, und behandelte die Maßnahmen, welche sich für die arbeitende Bevölkerung aus dem Ansammeln der Großindustrie ergeben. Das persönliche Verhältnis, welches in früheren Zeiten zwischen dem Meister und dem Gehilfen bestanden hat, werde mehr und mehr zurückgedrängt. Die Folge sei, daß der Unternehmer sich heute nicht mehr darum kummere, ob der Arbeiter mit seinem Lohne auskomme. Angebot und Nachfrage bestimme den Preis für die Bezahlung der Arbeiter; die Ungleichheit des Lohnes trete klar zutage, sehr zum Schaden der Industrie und des Staates. Jedoch mit der Fragefrage selbst sei die Arbeiterfrage noch nicht gelöst. Der Arbeiter wolle teilnehmen am Kulturfortschritt, und deshalb sei die Verbesserung der Arbeitszeit dringend nötig. Der Arbeiter brauche nicht nur Zeit zum Wiedererlangen der verbrauchten Kraft, sondern es sei auch notwendig, daß ihm Gelegenheit zur Weiterbildung gegeben werde. Die Arbeit, welche heute zu leisten ist, sei eben eine andere als in früheren Zeiten; deshalb müsse betont werden, daß die Forderungen der Arbeiter Ziele für die Allgemeinheit seien. Es müsse verlangt werden, daß der Staat der Entwicklung des Arbeiterstandes immer mehr Aufmerksamkeit schenke. Zwei Wege, die Staats- und Selbsthilfe, bezeichnete er als die Ziele zum Vorwärtsschreiten der Arbeiterschaft. Ueber das Maß der ersten lasse sich streiten. Wenn von Unternehmern behauptet werde, daß die Sozialpolitik im Kennenpo vor sich gehe, so können die Arbeiter sagen, es sei ein Schmeichelempo. Der Ausbau des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung sei unerlässlich. Auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiterschaft

sei in den letzten Jahren von der Regierung kein Rücksicht genommen worden. Im weiteren schilderte der Redner die Zunahme der Frauenarbeit — namentlich der beschäftigten Frauen — und forderte Maßnahmen, welche die Ausbeutung der Frauenarbeit verhindern. Der Staat müsse eingreifen, wenn das Familienleben nicht erschüttert werden solle. Für erwerbstätige Frauen müsse die Freigabe des Sonntags- und Nachmittags — wie in England — verlangt werden. Jedoch auch bei Festsetzung der Arbeitszeit für die Männer müsse der Staat eingreifen. Die bis jetzt erlassenen Gesetze genügen noch nicht, um die vor 20 Jahren gegebenen Versprechen einzulösen. Sodann warf der Redner einen Rückblick über die Arbeit der Selbsthilfe; im Anschluß daran forderte er die Achtung der Organisationen neben und untereinander.

Für seine Ausführungen erntete der Redner lebhaften Beifall. Obgleich er sich aller gebührenden Angriffe auf die zahlreich erschienenen Gegner enthalten und zum Schluß an sie die Mahnung gerichtet hatte, nun auch ihrerseits die Diskussion möglichst sachlich zu führen, konnten die „Genossen“ nicht umhin, sich in ihrer ganzen Größe und Bildung zu zeigen. Sie hatten neben einer größeren Anzahl von Vertrauensleuten, also „kleineren Größen“ nicht weniger als fünf Beamte ihrer Organisationen in die Versammlung kommandiert. Da aber anscheinend die in Flauen stationierten Beamten nicht genügt, hatte man sich außerdem auch noch einen Vizeleiter aus Reichensbach verschrieben, um die nach Meinung der „Genossen“ toten Gewerkevereine noch „lüter“ zu reben.

Diese Herren nahmen denn auch in der Diskussion das Wort, zum Teil wiederholt. Es wurde ihnen auch unbeschränkt, freie Redefreiheit gewährt. Ein einziger Redner blieb zunächst sachlich; die andern verfielen in den sattem bekannten Versammlungston, den die Gegner anschlagen, um ihre Unkenntnis in volkswirtschaftlichen Dingen zu verbergen. Vorgebracht wurde von den Gegnern die bekannten Einwürfe gegen die Gewerkevereine, sie seien Anhängel der Zeitungen, ständen auf dem Harmoniestandpunkt und wären Streikbrecher. Als Beweis für letztere Behauptung sollten die Vorgänge in Bremen, Hamburg und auch in Flauen dienen. Zurückgewiesen wurde diese unwahre Behauptung durch die Kollegen Sauer, Leipzig, Wolf, Flauen und einen jungen Kollegen von den Maschinenbauern, sowie von dem Referenten. Unsere Kollegen widerlegten nicht nur die Angriffe, sondern konnten auch noch aus sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorganen den Gegnern manchen Fall von direktem Streikbruch vorhalten. Während ich unsere Kollegen eines sachlichen, anständigen Tones bediente, brachte ein Teil der gegnerischen Redner den Versammlungston auf ein recht niedriges Niveau, trotz der mehrfachen Mahnungen des Referenten, der Offenlichkeit die Achtung der Arbeiterbewegung nicht unmöglich zu machen. Im vollsten Maße zeigten sich jedoch die „Genossen“ und ihre Führer, als gegen 2½ Uhr morgens, nachdem die Rednerliste erledigt war, der Referent das Schlusswort nennen wollte. Unter großem Geschrei und Geschimpfe hinderte sie den Referenten die unwahren Behauptungen der Gegner zurückzuweisen. Ein Appell an die gegnerischen Beamten für Ruhe zu sorgen, nützte nichts, im Gegenteil sie schienen es nicht ungern zu sehen, daß dem Referenten das Schlusswort abgekniffen wurde.

Das Betragen der Gegner spricht für sich selbst. Anständige Arbeiter müssen sich mit Abscheu der Szene erinnern, die nur als Ausfluß von Feigheit gedeutet werden kann. Und ein solches Betragen, nachdem den Gegnern unbeschränkte Redefrei-

heit gewährt wurde! Ein wissenschaftlich gebildeter Herr, der aus Interesse zur Arbeiterbewegung der Versammlung beiwohnte, gab denn auch am Schluß seiner Empörung über das Betragen der Gegner, auch der Beamten, scharfen Ausdruck.

Der Entwicklung unserer Organisation, nicht nur in Flauen, sondern auch darüber hinaus im ganzen Vogtlande, hat die Versammlung zweifellos gedient. Für uns heißt es jetzt: Vorwärts auf der ganzen Linie!

Verbands-Teil.

Besprechungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G. V. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 22/23. Mittwoch, 22. März, abds. 8½ Uhr Vortrag. Vollzähl. Ersch. unbedingt erw. — Gewerkevereins-Liederabend (G. V. D.). Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Übungsstunde i. Verbandshaus, der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). West. will. — Sonnabend, 18. März. Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Abends 8 Uhr, Restaurant „Zur Hütte“, Staligerstr. 20. Stichwahl zum Delegiertenrat. Vortrag.

Orts- und Regionalverbände.

Cottbus (Arbeiterklub). Sitzung vom 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Ganslein, Sandowestr. 43. — Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Gassenkamp, Friedrich-Wilhelmstr. Distriktsklub. — Düsseldorf (Arbeiterklub). Jeden Montag, abds. 9—11 Uhr, i. Verbandshaus, Rurfaßstr. 29. Sitzung. — Eisenberg (Arbeiterklub). Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertretersitzung bei Roggenkämpfer, Eisenberg, Luisenstr. und Erholungsverein. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband-Vertretersitzung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt. — Gera (Arbeiterklub). Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Distriktsklub bei Ludewig. — Halle a. S. (Ortsv.). Der Distriktsklub sind. Jede 1. Sonntag im Monat i. Postgasse-Rest. Gr. Braubaustr. 11. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abds. 8½ Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Poststr. Distriktsklub. — Fierlohn (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Bander, Oststr. — Hannover-Linden u. Umgebung (Ortsv.). Sonnabend, 25. März, abds. 8½ Uhr, kombinierte Ausschussung der Fabrik- und Handarbeiter in der „Röntgenstr.“ Referent: Kollege H. Raab-Burg. Gewerkevereinskollegen willkommen. Sonntag, 26. März, nachmittags 3 Uhr, erste diesjährige Wanderversammlung bei Herrn Aug. Warmbold in Wüzburg, Osthaus „Zur Linde“. L. D.: Vortrag über: „Die Notwendigkeit der Berufsorganisation“. Referent: Kollege H. Raab-Burg. Damen herzlich willkommen. — Leipzig (Gewerkevereins-Liederabend). Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzl. willkommen. — Mähle (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertretersitzung beim Wirt Joh. Wölter, Sandstraße 38. — Tettau (Sängerchor der Gewerkevereine). Die Übungsstunden finden jede Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Nebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzl. will. — Zegler (Distriktsklub für Zegler, Horgwälder und Reinholdsdorf). Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Hecher, Berlinstr. 88. Gäste willkommen. — Weitzenfels a. S. (Vereinsabteilung der Gewerkevereine). Übungsstunde jede Dienstag, abends 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Besprechungsabteilung der Gewerkevereine. — Weitzenfels (Distriktsklub der Gewerkevereine). Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Durch unser Verbandsbureau, Berlin NO. 65, Greifswalderstr. 22/23, zu dem Vorzugspreise von 20 Pfg. zu beziehen ist die neuerdings erschienene Schrift:

Die Schwindjucht der Arbeiter ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung

von Prof. Dr. H. Sommerfeld. 64 Seiten 80.

Gelsenkirchen (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erh. ein Ortsverbandsgeschenk in Höhe von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Wilhelm Aker, Bodumer Straße 95, in der Zeit von mittags 12—1 und abds. von 7—8 Uhr.

Dag in Böhmen. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Nachtlager und Frühstück oder eine Krone Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Vereinigungen, Ellsabethstraße 8.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegebel der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeitssekretariat Bremen, Doventorsteinweg 70, part.

Pasewalk. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Berzdt, Marktstraße 60.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 M. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verhandlungsberbere befindet sich Ellsabethstraße 49 (Jägers Gastwirtschaft).

Nowawes. Ortsverbandsgeschenk für durchreisende Kollegen beim Kassierer Ditto Kühle, Ellsabethstraße 18.

Sohesimühlen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen haben Beurlaubung erhalten. Reiseunterstützung beim Kollegen Rebi, Nordstr. 10.

Köbeck (Ortsverband). Alle durch- und zureisenden Kollegen erhalten 75 Pfg. Beurlaubungsunterstützung bei den Ortsvereinskassierern, für die fehlenden Bezüge beim Ortsverbandskassierer. Dasselbst werden auch Karten für die Herberge verabfolgt. Verkehrslokal b. S. Gurke, Etowenstraße.

Leipzig-West (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgeschenk bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.

Gamm i. B. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. Reisegebel, zugereifte und arbeitssuchende Kollegen eine Karte, gültig für Abendessen, Nachtlokal und Frühstück beim Ortsverbandskassierer Friedr. Müller, Alleestraße 51.

Commerfeld (Ortsv.). Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgeschenk im Betrage von 50 Pfg. beim Ortsverbandskassierer H. Ullrich, Commerfeld, Brummstr. 108.

Langendree. Das Ortsgegend des Ortsvereins der Maschinenbauer an durchreisende Gewerkevereinskollegen wird ausgezahlt beim Kassierer Heint. Brod in Werne b. Langendree, Bahnhofstr. 38.

Walzenburg i. Schl. (Ortsverband). Die Herberge für durchreisende Kollegen befindet sich im Schwarzen Adler; die Karten werden vom Kollegen Hermann Baumann, Freiburgerstraße 29, ausgegeben.

Ulm a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Pfauengasse 17.

Brandenburg a. S. (Ortsv.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgegend von 50 Pfg., Sonntag und Feiertags 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer H. Reimann, Schmollnerstraße 12.

Eisenach u. Umgebung (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer Edmund Harimann, Eisenach, Bismarckstr. 18.

Verbandsbedarf, Fahnen, Abzeichen, Theater-Abzeichen. Jährl. List 100 teill. Wilhelm Hamann, Düsseldorf, Fahrwegstr.

Die im Verein der Deutschen Handfleute (G. V. D.) organisierten Handlungsgesellschaften und -Geschäften erstrecken seit Jahren die vödlige Sonntagstrübe für das Handbesegewerbe. Gewerkevereine, unterstütz u. fere Verbandsgesellschaften im Kampfe um die Verbesserung der Arbeitszeit!

Nein Gewerkevereiner Kaufe Sonntag!

Berantlasse jeder seine Familienangehörigen, Einkäufe nur an Wochentagen zu besorgen!

VEREINS-ABZEICHEN u. STEMPEL. ALLER ART liefert den Gewerkevereinskollegen billig und schnell! Königberger-Gravier-Anstalt Stempel- u. Vereinsabzeichenfabrik G. TRENKEL, KÖNIGSBERG I. Pr. Nicolaistraße 29.